

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Mus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 M., mit Postgebühren 559 M., beziehungsweise 590 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 30 M., die Reklamzeile 75 M. Mindestbetrag bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorzug ist der Rabatt hinsichtlich

Nr. 9.

Altensteig, Freitag den 12. Januar.

Jahrgang 1918

Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Berlin, 11. Jan.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags berichtete Reichskanzler Dr. Cuno über die politische Lage. Im Eingang seiner Ausführungen verwies er auf den großen Ernst der Zeit, den nunmehr das deutsche Volk zu durchleben gezwungen sei, nachdem die Pariser Konferenz erfolglos ausgegangen sei und nachdem wiederum deutschem Gebiet der Einmarsch fremder Truppen drohe. Der Kanzler gab alsdann einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe. Aufbauend auf die Novembernote sei sie bestrebt gewesen, sich tätig an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei verworfen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handelte, über das von anderer Seite entschieden werden sollte, und zugleich, weil die Regierung wünschte, daß die Frage nur in offener Aussprache lösbar sei. Darum sei versucht worden, obwohl Deutschland nicht eingeladen war, auf den Konferenzen in London und ... mit Vorschlägen nicht zu fehlen. Diese hätten sich innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehalten, weil ihm dazu der Vertrag von Versailles ein Recht gebe. Alles sei geschehen, um zu einer offenen Aussprache auch mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Voincare wiederholt wissen lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet unserer Industrie, die Hand bieten. Voincare habe diese Verhandlungen nicht zugelassen. Daneben hätten wir uns gleichzeitig an die Konferenzen von London gewandt. Dabei sei man sich klar gewesen, daß dieser Weg in doppelter Beziehung der unmittelbaren Erörterung bedürfe. Die Londoner Vorschläge seien eine Art von Zwischenlösung gewesen, obgleich man sich klar gewesen sei, daß nur eine endgültige Lösung eine wirkliche Lösung der Entschädigungsfrage darstellen werde. Ferner sei die Regierung sich klar gewesen, daß die Londoner Vorschläge dahin erodiert werden müßten, daß insbesondere die deutsche Wirtschaft — Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft — die vom Ausland immer noch als Träger des deutschen Reichs angesehen werden, die Vorkläre in ihrer Führung gewährleisten müsse. Dann sei in ununterbrochener Arbeit in enger Fühlung mit den wirtschaftlichen Kreisen gearbeitet worden.

Daneben sei der Versuch, mit Frankreich in unmittelbarer wirtschaftlicher Verhandlung zu kommen, fortgesetzt worden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben.

Der Grundgedanke der Vorschläge für Paris habe der Erkenntnis entsprochen, daß Frankreich zur endgültigen Lösung der Entschädigungsfrage unmittelbarer Verhandlungen bedürfe, und die auf die Zusammenarbeit der beiden Völkern industriellen Kreise Wert lege. Was die erste Frage betreffe, so sei angelehnt der von dem Bankeransatz vom vorigen Jahre ausgesprochenen Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches das einzige Kriterium, das wir hätten, unser Kredit. Und der sei äußerst gering, solange die Lasten des Versailler Vertrags unbeprengt das deutsche Volk drückten. Damit sei zugleich der einzig zulässige Vermesser für unsere Leistungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Entschädigungsfrage angepaßt werden können. Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe für Anleihen aufgelegt werde, die auch, wenn sie als solche nicht durchführbar wäre, dem Verband gegenüber als Anleihe verzinst und amortisiert werden sollte. Es sei weiter ein doppelter Vorschlag hingugefügt worden, wonach wir in bestimmten Zeiträumen weitere Anleihen aufzulegen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Wiederherstellungskommission zugute kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantie unserer Wirtschaft sichergestellt werden. Ueber die Art der Sicherung mit dem Anleihenkonjunktum zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Verhandlung mit den französischen Industriellen für gewisse Zusammenarbeiten erfolgen. Der Reichskanzler legte dann näher dar, weshalb man diesen Plan nicht durch eine Note der Konferenz in Paris übermitteln habe. Wir hätten dabei nicht, wie es in der Zeitung vielfach geschrieben habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrag dieser Pläne gesandt, vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Aufforderung die Pläne schriftlich vorzulegen und mündlich erläutern zu lassen. Eine Antwort darauf sei nicht erfolgt. Leider sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil seine finanziellen Ergebnisse ihnen nicht genügt als vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Bedingungen des

Vorgehens in der Wiederherstellungsfrage bestanden habe. England wollte die Entschädigungsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt war, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, was ihm wertvoller ist als jede rein wirtschaftliche Lösung. Damit sei die Tendenz der Politik Voincares vor aller Augen klar gestellt und die letzten Zweifel daran seien wohl für jeden geschwunden, seitdem Voincare den Friedenspakt mit dem am Rhein interessierten Mächten abgelehnt habe. Der Reichskanzler betonte, daß dieser Friedenspakt von deutscher Seite aufrichtig und ernst gemeint gewesen sei und daß in der Abtinnung über die Kriegserklärung, durch die Volksabstimmung, die sicherste Friedensgarantie für alle Zeiten gegeben gewesen sei.

Der Kanzler schilderte die Verhandlungen über diese Vorschläge und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland materiell und politisch getan habe, was in seiner Kraft stand und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volkes vereinbar sei. Wir hätten materielle Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht. Wir hätten unsere Sicherheiten angeboten und dadurch endlich das Letzte getan, was ein Volk tun können, um Pläne der Wiedergeburt zu verwirklichen. So wies der Reichskanzler nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung der Entschädigungsfrage zu kommen sei. Was Frankreich wolle, besagten die Nachrichten über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese seien nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der Entschädigungsfrage in Szene gesetzt worden, sondern mit den Verhörungen bei den Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderen Verabredungen, bei deren Verstoß keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen" vorgesehen seien. Eingehend legte der Reichskanzler die Rechtslage dar und kam zu dem Schluss, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offensichtlich gebrochen hätten. Das müsse um so mehr zu ernstlichen Folgen führen, als das französische Vorgehen Deutschland gerade das Gebiet aus den Händen nehme, aus dem die Leistungen bisher geschöpft seien.

Eine tätige Gegenwehr sei dem deutschen Volk nicht möglich, aber es werde sich auch nicht willenlos dem Rechtsbruch beugen. Die Reichsregierung werde ihren Einspruch gegen diesen Rechtsbruch allen Ländern anzeigen. Der Vorkläre Dr. Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und nach Berlin zu kommen. Das Vorklärepersonal werde dort bleiben. Die Entschädigungsfrage würden Vertragsbrüchen Ländern gegenüber eingeleitet werden, denn die in seiner Hamburger Rede schon erwähnte Pfandnahme habe notwendigerweise den Tod der Entschädigungsfrage zur Folge. Schon weil mit der Befugung des Ruhrgebiets die härteste Quelle der deutschen Wirtschaft und Leistungsfähigkeit zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort gelassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Entscheidend für uns sei die Haltung des Volkes.

In Einheit und Würde würden wir der bevorstehenden Leidenszeit und allen wirtschaftlichen Gefahren entgegenzutreten, die aus der Beanahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte insbesondere die Tenebrum abzuwenden, die sich aus der sprunghaften, wahnhaften Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der unvorstellbaren Schwierigkeiten, die dem entgegenständen, habe die Reichsregierung Bemühungen unternommen. Die Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gange und würden in den nächsten Tagen mit den Gemeindefürsten weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einer einfachen Lebenshaltung bekennen.

Zum Zwecke der Beratung über diese Frage und der gesamten Lage habe er die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nachmittag nach Berlin gebeten. Aller Erfolg unserer Bemühungen gegen den Vertragsbruch hängt davon ab, ob wir die Kraft des Volkes beisammen halten können. Das Zusammenhalten des Volkes im Staat mit der Wirtschaftskraft und den politischen Parteien wird auch zum äußeren Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gegenzeichneten Aufruf des Reichspräsidenten, den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einheit und der ersten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung wird nicht ruhen, bis sie Wege gefunden hat, durch Festhalten an ihrer bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Sobald erhaltete der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. v. Rosenburg, Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Einspruch erhoben habe.

Nach kurzer Aussprache wurde mitgeteilt, daß das Plenum des Reichstags voraussichtlich für Samstag nachmittag einberufen werde.

Aufruf an das deutsche Volk!

Berlin, 11. Jan. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltstreik ist auf uns niedergegangen. Mit wohlbedachter Macht trifft der Schlag der französischen Faust den ungeschützten Lebensnerv der deutschen Wirtschaft, längst vorausgesehen und erwartet. Vorausgesehen, denn der Plan und die Wünsche der Pariser Machtklitter sind ohne Scheu auf Gassen und Märkten erörtert worden; erwartet, denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde. Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Mächten durch Zerschlagung des deutschen Arbeitszentrums geholfen werde, so muß die schwere Enttäuschung folgen. Wenn den Rat der Fachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Überzeugung. Uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Weltwirtschaft richtet, mit eigener Kraft zu verhindern. Was geschehen könnte, um das Unheil abzuwehren, haben wir versucht. Das hereingebrochene Unglück zu mildern und zu beenden, wird unser Denken und Trachten sein. Dabei leitet uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Gewissens.

Alle Herzen erfüllt die Bitterkeit dieser Stunde ungebener, in der über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser bedrängtes Volk wird der Einbruch in die Hauptstädte unserer Arbeit im Gefolge haben. Umso dringlicher aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: Eschwert nicht das Biss der am härtesten betroffenen Landsleute, erfüllt aufrichtigen Willens und klaren Kopfes die Forderungen des Tages. Keine Handlung darf geschehen, die unserer gerechten Sache schadet. Schwere Schuld am eigenen Volke würde auf sich laden, wer sich hinreißt ließe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hände zu arbeiten. Von energischer Arbeit jedes Einzelnen hängt Wohl und Wehe des gesamten Staates ab. Nehmt mehr als jemals leuchtend uns Beispiele der Würde und der moralischen Kraft voran.

Dem Rheinland, das Jahre des Leidens gesehen den treuen rheinisch-westfälischen Bürgern aber gilt heute vor allem unser Gruß: Ihr werdet die eiserne Fähigkeit bewahren, die einer alles Erbe ist, und ungebrochen werdet ihr diesen Wetterbrand überdauern. Ihr, die kein Sturm der Weltgeschichte jemals entwirrt hat, Ihr, seid die Zeugen, wie der Frieden und das Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest gegen den Bruch des Vertrags und gegen den schwereren Bruch des sittlichen Rechts unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung.

Eine schwere Zeit geht an. Schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber auch das wissen und hoffen wir, daß ernstes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen, um die Herzen stärker zu machen. In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter den Folgen äußerer Drucks der inneren Erhebung widmen und überall, in allen deutschen Gauen, in Haus und Hütte, unseres Vaterlandes gedenken, seiner Leiden und seines Rechts.

Reichspräsident Ebert. Die Reichsregierung.



Der Franzoseneinmarsch.

Die Ankündigung u. der vollzogene Rechtsbruch.

Programmmäßig hat am Donnerstag der Franzoseneinmarsch ins deutsche Ruhrgebiet begonnen. Mitten im Frieden schickt Frankreich seine Armeen gegen ein unbewaffnetes Volk. Jedes Blut, das fließt, fällt auf Frankreichs Konto. Das sei vorweg festgestellt. Frankreich hat mit diesem Einbruch in Deutschland sich würdig erwiesen jener Franzosen des 17. Jahrhunderts, die die deutsche Schwäche nach dem 30jährigen Krieg und die Uneinigkeit der deutschen Fürsten benutzten, um in Deutschland zu rauben. Nichts Neues unter der Sonne! Nach mehr als 200 Jahren dasselbe Schauspiel, im Zweck und Ziel das gleiche, wenn auch in den Mitteln anders geartet. Damals zog die Brandfackel durchs Land, heute sind es Tanks, Maschinengewehre und moderne Kriegsgeschütze, die gegen ein armes zerstückeltes Volk geführt werden. Das hartgerüstete Frankreich gegen das entwohnte und ausgeraubte Deutschland! Warum treibt es dieses übermächtige Kriegsspiel? Einmal aus Furcht vor dem bevölkerungsreicheren Deutschland. „20 Millionen Menschen sind nach Clemenceau zuviel in Deutschland“. Zum andern aber: Frankreich strebt nach der Herrschaft auf dem europäischen Kontinent, und da ist das große deutsche Industriezentrum an der Ruhr ein Glied in der Kette, der soll ein Werkzeug für Frankreich werden. In Essen, dem bisherigen Sitz des deutschen Kohlenyndikats, herrscht nun der Franzose. Poincare befiehlt nach die Freiheit, die Befehle am Mittwoch in Berlin anmelden zu lassen und gebraucht Heuschreckorte und Advokatenkünste für seinen Vertragsbruch. Der Friedensvertrag von Versailles ist nun zerrissen.

Es soll, wie in der französischen und belgischen Note hervorgehoben wird, „keine militärische Operation oder politische Befehle sein — denn Frankreich denkt nicht daran“, sondern eine Kommission von Beamten und Ingenieuren unter dem Schutze von Truppen, die hinsichtlich der Holz- und Kohlenlieferungen nach Frankreichs Willen schalten und walten dürfen. Das ist vollendete französische Heuschreckerei verbunden mit den schärfsten Drohungen, denn „jede Nichterreichung einer bestimmten Produktionshöhe würde mit den denkbar schärfsten Maßnahmen geahndet werden“. Das Personal der deutschen Verwaltung hat einfach den französischen Befehlen zu gehorcht. Das ist Krieg mitten im Frieden, das ist Bruch des Versailles Vertrags und Verungung jeden Völkerrechts. Warum Poincare seine Divisionen nicht sofort marschieren ließ, nachdem der Aufmarsch vollzogen war, erklärt sich aus der Haltung Mussolinis, der gegen die militärische Expedition ist, dagegen einen Plan vertritt, daß das Festland Europas, nämlich Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland zusammen die Reparationsfrage lösen solle — ohne England und Amerika. Diese Idee kann aber nicht in die Tat umgesetzt werden.

Die französisch-belgische Kontrollkommission soll angeblich nur das Kohlenyndikat überwachen und für die Holz- und Kohlenlieferungen sorgen, aber sie darf in alle öffentlichen wie privaten Anlagen und Einrichtungen, schließlich in alles und jedes ihre Nase stecken, darf alle Geschäftspapiere einfordern, alle Betriebsgeheimnisse ausknüpfeln, darf Anordnungen und Befehle geben — kurzum, sie ist mit einer geradezu unbefchränkten diplomatischen Machtdollmache ausgestattet. Nicht nur die Behörden, sondern auch die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände und überhaupt jedermann soll der Kontrollkommission untertan und gehorchen sein, widrigenfalls schwere Strafen angedroht werden. Das ist der französische Poincarismus, der vernichtet.

Die deutsche Regierung hat dagegen Stellung genommen, wie aus den Erklärungen des Reichskanzlers hervorgeht, hat die Botschafter in Paris und Brüssel abberufen, den Reichstag für Samstag einberufen, die Ministerpräsidenten der Länder schon für Freitag versammelt. Die Entschlossenheit gegen die Gewalttätigkeiten Frankreichs tritt allseitig deutlich hervor. Ein Aufruf des Reichspräsidenten macht den nächsten Sonntag zu einem Trauertag.

Schicksalschwere Tage stehen bevor. Sie werden gekennzeichnet durch den Einbruch der Vitruer im deutschen Rheingebiet und durch die Abberufung der amerikanischen Rheintruppen, die wohl aus Höflichkeitssüchteleien gegen Deutschland erfolgt, aber uns in diesem Augenblick schadet. Ja, es geht um Deutschland und das Leben seines Volkes! Der Ruf zur Einheit verhallt deshalb nicht ungehört. Nur der einwige Wille kann uns über Leiden und Demütigungen retten.

Der Vormarsch ins Ruhrgebiet.

Essen, 11. Jan. Die Franzosen marschierten in 3 großen Marschkolonnen. Die dritte bewegte sich über Reitwig nach Essen, dessen Ausläufer kurz nach 9 Uhr vormittags erreicht worden sind. Jede Marschkolonne ist vollkommen selbstständig ausgerüstet und zählt 6-7000 Mann. Es handelt sich also um keine wirtschaftliche Maßnahme, sondern um eine gänzlich militärische Aktion. Die Franzosen besetzten morgens 8 Uhr Reitwig, um 9.20 Uhr vormittags wurde die Besetzung von Oberhausen mit Radfahrern und Kavallerie vollzogen.

Essen, 11. Jan. Um 10.30 Uhr sind in Essen eingerückt eine französische Kavallerieabteilung in Stärke von 500 Mann mit 10 Tanks, darauf folgte eine französische Ingenieurkommission. Südlich Essen sollen alliierte Truppen bis in die Gegend von Horst a. d. Emscher vorgegangen sein. Teile der französischen Truppen sind zu einer Umzingelung der Stadt Essen geschritten und haben die Umgebung, darunter Sterkrade, Aray, Steele und Hatroy und Auyferdrecht besetzt. Die Geschäfte der Stadt sind geschlossen.

Die Anzeige der Vergewaltigung.

Berlin, 11. Jan. Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger haben dem Reichsminister des Auswärtigen gleichlautende Noten übergeben, in denen es heißt:

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung in der Ausführung der Programme der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohlen an Frankreich hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlenyndikats versehene Kontrollkommission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um dadurch die von ihrem Vorsitzenden an dieses Syndikat oder an die deutschen Verkehrsbehörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgesetzten Programme sicherzustellen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet einfach in das Ruhrgebiet eine Kommission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Sie muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrag von Versailles enthaltenen Ver-

pflichtungen leistet. Sie läßt im Ruhrgebiet nur die zum Schutze ihrer Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrags erforderlichen Truppen einrücken. Keine Störung und keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird alsbald erfolgen. Sie kann in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeiten der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutze bestimmten Truppen. Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Interessen der sie begleitenden Truppen durch irgend ein Mandat behindert oder in Frage gestellt werden und sollten die örtlichen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verletzung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebiets herbeiführen, so werden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich angewandt werden.

Die Befugnisse der Kontrollkommission: Die Ingenieure und Beamten dieser Kommission sollen bevollmächtigt sein, von Verwaltungsorganen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Industriellen, Kaufleuten usw. alle statistischen und sonstigen Auskünfte einzufordern, deren Einholung sie für nützlich halten. Sie sind berechtigt, die besetzten Gebiete ihrer ganzen Ausdehnung nach zu bereisen und haben Zutritt zu allen Bureaus, Zechen, Fabriken, Bahnhöfen usw. Sie können dort alle Dokumente, Rechnungen und Statistiken einsehen. Das Personal der deutschen Verwaltung, wie Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall den Mitgliedern der Kontrollkommission bei Ausübung ihres Dienstes völlig zur Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls nach den Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. Dieser ist berechtigt, jede beliebige Veränderung hinsichtlich der Verteilung der Brennstoffe und jegliche Verteilung der mit Brennmaterial beladenen Eisenbahnwagen und Kähne anzuordnen.

Kontrolle der Kohlenverteilung: Ab 11. Januar 1923 unterliegen die vom Kohlenyndikat aufgestellten oder ausgeführten Verteilungsspläne für Kohlen und Holz der Genehmigung der industriellen Ruhrmission, die sie, wenn sie es für notwendig erachtet, ändern kann. Diese Pläne haben insbesondere die vollständige Lieferung der vorgesehenen Mengen für die Länder der Entente und für die besetzten linksrheinischen Gebiete zu umfassen und müssen ausreichen, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen. Bei Übertretungen der Vorschriften sind schwere Strafen angehängt.

Neues vom Tage.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 10. Jan. Die nächste Sitzung des Reichstags wird am 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, stattfinden.

Weitere Erhöhung der Eisenbahn- und Personen-Tarife um 100 Prozent.

Berlin, 11. Jan. Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahndarlehens erkannte mit allen gegen 2 Stimmen die Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahnpersonentarife am 1. Februar um 100 Prozent an.

In des Lebens Mai.

Roman von Ani. Andreu.

(7) (Nachdruck verboten.)

Mumm war mit einem Schlag wie umgewandelt. Mit strahlender Liebenswürdigkeit trat er den Damen entgegen und hielt eine stilvolle Ansprache, die zur Folge hatte, daß Neel ihre Gäste in das Atelier führen konnte. „Aber dies sind ja liebe, alte Bekannte!“ rief Horst heiter und schüttelte Asta die Hand. Er stand recht in dem breiten Scheine der Mittagssonne, die durch das große Fenster fiel. Edel suchte ein wenig zurück. Die Sonne blendete sie. Dann sah sie den Sprecher groß an und versetzte sich kurz.

„Aha, abgeblüht!“ dachte er. Es gefiel ihm, daß sie es gleich so mit ihm aufnahm.

Astas Blick kreuzte sich augenblicklich mit einem anderen. Ein Ruh brannte auf ihrer Hand. Der Baron wich nicht mehr von ihrer Seite. Dann mußten die jungen Damen am Tische Platz nehmen. Mumm spielte mit unvergleichlicher Annuit den Wirt.

„Das Brot und Salz unserer Gostfreundschaft dürfen Sie nicht verschmähen, gnädiges Fräulein,“ sagte er und reichte mit einem halben Fußfalle Edel die Schale mit belegten Biskuits.

Sie bediente sich unbefangen: „Ich nehme dankend an,“ sagte sie unnter. „In den paar Wochen Großstadtleben hat ich meinen Bauernappetit noch nicht losgeworden.“

Asta hingegen lehnte ab. Es erschien ihr eine Entweihung ihres schönsten Gefühls, in Gegenwart dessen, dem es galt, wie ein gewöhnlicher Mensch zu essen. Horst kredenzte ihr ein Glas Zitronenlimonade. Sie lächelte ihm zu; aber sie rührte es nicht an. Statt dessen nahm sie den Augenblick wahr, ihm zuzulächeln: „Verraten Sie um Worteswillen nicht zu Hause, daß wir in Ihren ‚Freibund‘ gezeichnet sind: Mama wäre außer sich und liege mich nie mehr auf etwame Sand auslesen.“

„Horst verstaute sie seiner Zuverlässigkeit, und dabei beobachtete er, was für einen frühlichen Lon Edel anschlug, so oft sie mit Mumm sprach. Er hatte ihr Vier eingekauft und „am ich eins.“

„Wie ist es,“ fragte sie, „muß man vorher ‚Profit‘ sagen? Ich habe in meinem Leben noch keinen kommentmäßigen Schluß Vier getrunken; das kommt davon, wenn man keinen Deuder hat, der Student ist.“

Asta lächelte in ihr dultiges Taschentuch. Der abgestandene Zigarettenrauch war ihr äußerst unnter. Er löste ihr fast die seltsame Stimmung. Sie rückte ihren Stuhl an das offene Fenster und stieß dabei auf Signorino, dessen Kunststück sich die ganze Zeit in sie vertieft hatte: Sicher, die andere war schöner und feischer; aber diese zarte, bleichsichtige, moderne Mädchen Schönheit ging ihm weit mehr auf die Phantasie.

Fräulein Großmann stellte ihn noch besonders vor, als ihren talentvollen Kollegen; aber Asta war so zerstreut, daß sie nichts in dem hübschen, etwas weichen Jünglingsgesicht bemerkte als zwei Reihen großer, wunderbar weißer Zähne.

„Die richtige kleine Tigerkugel,“ dachte sie. Dann aber besann sie sich, daß sie etwas Höfliches sagen mußte.

„Sie sind Maler, Herr — Reiner.“

„Nebenbei, ja, gnädiges Fräulein; hauptsächlich aber bin ich ein Schönheitsarbeiter.“

Nun lächelte sie nicht ohne Koketterie: „Ja, die Schönheit! Ich kenne ihre Tempel und ihre Altäre auch; aber Ihr Künstler deutet sie Euch anders als eine arme, unwissende Idealistin. Sehen Sie doch mal meine Freundin an: ist das nichts für Ihr Rembrandt?“

Er aber schaute nur immer sie an, und es schmeichelte ihr. „Ich liebe die matten Töne,“ sagte er. „Das Unreife. Dämmerstern über Sonnenlang.“

Fräulein Großmann sang seine letzten Worte auf. Sie dachte, es handelte sich um seine Kunstprinzipien. „Tun Sie mir den Gefallen, Signorino,“ rief sie herüber, „und verwirren Sie nicht Fräulein Reuggs gesundes Verständnis mit Ihrer Verwirrungsaussicht.“

Der junge Maler aber schwadente: „Das ist für mich das Malerische in der Natur: Lichtunterstellungen in den toten Farben, das geheimnisvolle Schimmern im Trüben

— und dem zarten Witz der Leidenschaft in einer kalten Seele: die sind mein Genre.“

Asta erwiderte unter seinem sprechenden Blick; da trat der Baron an sie heran. Er konnte es nicht ertragen, daß der Kleine dem schönen Mädchen so flott den Hof machte.

Mumm und Dolte schilderten indes Edel das Studentenleben in den leuchtendsten Farben. Sie wurde ganz begeistert.

„Wird in Ihrer Verbindung auch gepaukt?“ fragte Ni naio.

„Aber feste!“ antwortete Dolte. „Mumms Schmarre über der Sicher ist keine acht Tage alt. Morgen muß ich auf die Mensur.“

„Die Herren vergessen, daß wir hier nur ‚Freibändler‘ sind!“ sprach Horst lebhaft dazwischen.

„Ist das keine studentische Verbindung?“

Zum ersten Male sah Edel dem jungen Hamburger frei ins Gesicht. Sie wunderte sich, daß es ihr nicht antipathischer war.

Es sei eigentlich die Verneinung der studentischen Verbindung, erklärte er ihr: Kein Eintrittszwang, keine Anwesenheit, keine Mensur. Sie seien ausgesprochen Gegner des Duells.

„Oho!“ machte Mumm.

Dolte aber sagte: „Neben Sie nicht um Kopf und Krone, Kraft! Sie stehen gelegentlich auch Ihren Mann.“

„Allzeit und immer sogar; aber ich wehre mich dagegen, mich auf Kommando zu begeben oder einen Mitmenschen totzuschießen, weil er mich schief ansieht. Ich habe meine Begriffe von Ehre, wie sie sich mit dem gesunden Menschenverstande vertragen; keine studentischen allerdings; aber männlich-menschliche!“

„Auf Trast schwingt 'ne Rede!“ lachten die jungen Leute.

Nun verstanden Edel und Asta erst den Spitznamen des jungen Hamburger.

„Ich werde mich hüten,“ versetzte dieser, ohne sich zu ereifern. „Ich habe mich Fräulein von Hochstätten nur als Freibändler dokumentieren wollen.“

„O danke!“ sagte Edel.



Memel, 11. Jan. Es bestätigt sich, daß anscheinend irreguläre litauische Banden in den Grenzort Raugargen eingedrungen sind.

Der Oberkommissar Peitane erließ als Vertreter der alliierten Mächte folgenden Aufsat: „Einwohner des Memelgebiets! Eine große Anzahl von Freischülern drang in die Grenzstation Raugargen ein.“

Berlin, 11. Jan. Die Verhandlungen über eine gemeinsame Fundation der Parteien sind zur Stunde noch nicht abgeschlossen.

Ein Protest der arbeitenden Bevölkerung. Berlin, 11. Jan. Ein gemeinsamer Protest aller deutscher Arbeitnehmer gegen den Einmarsch der Kräfte in das Ruhrgebiet soll erfolgen.

Essen, 11. Jan. Der französische General, der die Besetzung des Ruhrgebietes leitet, hat in der Villa Hügel Wohnung genommen.

Der Einmarsch ins Memelland.

Königsberg, 11. Jan. Die „Dobrußische Zeitung“ erzählt von der „Memelischen Mundschauf“, daß am Donnerstag früh 4 1/2 Uhr Heydekrug von schätzungsweise 400 Mann Litauer Truppen in Zivil besetzt worden ist.

Gründung eines kontinentalen Blocks?

Mailand, 11. Jan. Die italienischen Absichten zur Gründung eines kontinentalen Blocks bestehend aus Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland zur Lösung des Reparationsproblems werden von fast sämtlichen Blättern bestätigt.

Hinterher tat es Wehleid, daß es eigentlich recht aus der Wärme ihres Herzens herausgekommen war, während sie Ursache hatte, ihn wegen seiner Dreistigkeit von neuem tadeln zu befehlen.

Mumm und Dolte erschöpften sich in Beweisgründen, daß die Befehle der Ritterlichkeit nirgends besser befolgt und inngehalten würden als in den studentischen Verbindungen.

Ulla allein hatte kein Ohr dafür, und der Baron erst recht nicht. Er redete im Rauche der Verliebtheit mit feurigen Jungen von Dingen, die wie Funken in die empfangliche Mädchenseele fielen und Flammen aus ihrer Keuschheit schlugen.

Schließlich wurde es dem phlegmatischen Dolte aber zuviel. „Du bist ja mächtig im Zug, Mumm!“ bemerkte er und schmeiße ihm aus der Bousinetonne ein Glas Limonade ein.

Auch Horst, der beobachtete, wie die studentische Gelehrsamkeit dem jungen Edelknecht vom Lande imponierte, sagte lachend: „Mumm hören Sie auf! Vor einer halben Stunde wollten Sie uns zu Ihrer neuesten „großen“ Theorie des Schweigens befehlen.“

Ulla, die inzwischen allein ihre Blinde hatte sprechen lassen und nur der feurigen Augenblicke des Barons gelauscht, wurde leise von ihrem Schicksalsgefühl gemahnt, einiges Interesse an der allgemeinen Unterhaltung zu bestanden.

Obel aber atmete ordentlich auf, als Fräulein Großmann sie bei dem Kerne nahm und in den äußersten Winkel des Stellers zog.

(Fortsetzung folgt.)

Die neuen Postgebühren.

„Ausländer! Aufbewahren!“

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Jan. 1923 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

- Für Postkarten im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M.
Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 M., über 20 bis 100 Gramm 30 M., über 100 bis 250 Gramm 50 M.
Für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 M., über 20 bis 100 Gramm 70 M., über 100 bis 250 Gramm 90 M.
Für Druckfachen bis 25 Gramm 10 M., über 25 bis 50 Gramm 20 M., über 50-100 Gramm 30 M., über 100 bis 250 Gramm 50 M., über 250 bis 500 Gramm 70 M., über 500 Gramm bis 1 Kg. 90 M., über 1 bis 2 Kg. (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 180 M.
Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 10 M.
Für Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 50 M., über 250 bis 500 Gramm 70 M., über 500 Gramm bis 1 Kg. 90 M.
Für Warenproben bis 250 Gramm 50 M., über 250-500 Gramm 700 M. (Nicht freigelegte Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.)
Für Pakete bis 1 Kg. 100 M.

Table with 3 columns: Pakete, neu eingeführte, and Fernzone. It lists rates for various weight categories and postal services.

Für Postanweisungen bis 1000 M. 30 M., über 1000 bis 5000 M. 40 M., über 5000 bis 10000 M. 60 M., über 10000 bis 20000 M. 100 M., über 20000 bis 30000 M. 140 M., über 30000 bis 40000 M. 180 M., über 40000 bis 50000 M. 220 M. (Nettobetrag ist von 20000 auf 50000 M. erhöht.)

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr und außerdem für jedes Wort 40 M. für Ortstelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. Januar 1923 an: für Postkarten 90 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 70 M., für Briefe bis 20 Gramm 150 M., jede weitere 20 Gramm (Reichspostmarken) bis 20 Gramm 120 M., jede weiteren 20 Gramm 75 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 50 M., für Druckfachen für je 50 Gramm 30 M., für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 30 M., mindestens 60 M., für Briefsendungen 300 M., Einschreibgebühr 40 M., Rücksendgebühr 40 M., Vorzugsgebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 30 M., Gewichtgebühr für Briefstücken für je 50 Gramm 60 M., mindestens 300 M., dazu Einschreibgebühr 40 M., Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertstücken für je 6000 M. 100 M., Postanweisungsgebühr bis 10000 M. 100 M., über 10-20000 M. 200 M., jede weiteren 20000 M. 100 M., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 20000 M. 200 M., Nachnahmegebühren für Pakete für je 10000 M. des Nachnahmebetrages 100 M.

Paketbestellgeld und Paketausgabegebühr. Im Zusammenhang mit den am 15. Januar eintretenden Erhöhungen der Postgebühren wird vom gleichen Tage ab Paketbestellgeld für jedes dem Empfänger ins Haus gesandte (bestellte) Paket und eine Paketausgabegebühr für jedes bei der Post abgeholt Paket erhoben.

Das Paketbestellgeld beträgt für jedes Paket bei einem Gewicht bis 10 Kg. 50 M., jedoch für ein Zeitungs Paket 25 M., bei höherem Gewicht 100 M. Es wird bei Auslieferung der Pakete erhoben, kann aber auch vom Absender voraus entrichtet werden; in diesem Fall ist in der Aufschrift des Paketes und auf der Paketkarte in hervortretender Weise anzugeben: „Bestellgeld bezahlt.“

Die Paketausgabegebühr wird auch für postlagernde Pakete und für solche Pakete erhoben, zu denen die Post nur die Paketarten bestellt. Für Pakete, die nach vorüberlichem Bestellversuch abgeholt werden, ist nicht die Paketausgabegebühr, sondern das Paketbestellgeld zu entrichten. Die neuen Gebühren werden für alle vom 15. Januar ab bestellten oder ausgehenden Pakete berechnet. Bei Paketen vom Auslande (einschließlich freie Stadt Danzig und Memelgebiet) sowie bei Paketen aus dem Saargebiet ist das Postbestellgeld und die Paketausgabegebühr in der Verzollungsgebühr mit enthalten.

Aus Stadt und Land.

st Bernau, 11. Jan. Der Widellus, den zur Zeit Hr. Almer hier hält, erfreut sich eines ständig wachsenden Besuchs.

K Nagold, 11. Jan. (Gemeinderat.) In außerordentlich lang ausgehender Sitzung wurden viele Fragen erledigt. Aus dem Uebereinstimmend Beschlüssen wurden die Zentralstelle für Wohlfahrt regt die Schaffung einer häuslichen Nothilfe für Familien an, durch welche Hausfrauen, die erkranken oder sonstwie an der Ausübung ihrer Aufgaben verhindert werden, eine Vertretung erhalten könnten. Der Gedanke ist sehr erwägenswert und darf auch nicht mehr aus dem Auge gelassen werden, aber mit einer oder zwei begabten Kräften wäre der Stadt nicht gehalten; es soll deshalb nochmals versucht werden, unter Mithilfe der Krankenschwestern, für die verschiedenen Stadtbezirken durch Gewinnung freiwilliger Kräfte aus den Reihen der Hausfrauen eine solche Nothilfe für Hausfrauen zu bekommen. Bei Inanspruchnahme der Dienste der Krankenschwestern soll käuflich von denen, die dies leisten können, ein Beitrag von höchstens 10 M. und für Nachwachen von 50 M. die Nacht eingezogen werden. Die Nothwendigkeit, die Nothilfe für die Krankenschwestern an das Diakonissenhaus den Verhältnissen anzupassen, verschlägt sich der Gemeinderat nicht anerkennend der wertvollen und unentbehrlichen Hilfe, die unsere Kranken und Verkränkten durch die Tätigkeit der Krankenschwestern erhalten. Die für die Not der Heimat warm ähnelnde und eifrig sammelnde Frau Rosa Tafel in Brooklyn hat zum Jahreswechsel 79 698 M. als neue Spende für Nagolder Bedürftige überwiesen. In einem außerordentlich ausführlichen Begleitschreiben läßt sie aus einem Einblick in die Schwierigkeiten, mit denen leider solche Vorkämpfer und treuen Anhänger ihrer deutschen Heimat in Amerika zu ringen haben. Derlei Dank sei solch unermüdblichen Freunden gesagt, wie wir sie für Nagold in dem Ehepaar Tafel besitzen. Auf solche unermüdblichen Deutschen im Ausland darf die Heimat stolz sein. Dieser Dank soll im Austrag des Gemeinderats durch den Stadtvorstand an Frau Rosa Tafel übermittelt werden. Daß aber auch Nichtdeutsche noch warmes Mitleid für deutsche Not und deutsches Leid haben und solche Not lindern wollen, das zeigen reiche Spenden für wohltätige Zwecke eines schwebischen Freundes unserer Stadt. Im Zusammenhang mit diesen eifrigen Mitteln konnte vom Vorsitzenden mitgeteilt werden, daß auch in den Kreisen unserer eigenen Bevölkerung das Verständnis für unsere schwebische Not unserer mitelständischen Schichten vorhanden ist, denn das Ergebnis der Heimatsammlung sei, im Blick auf die Größe Nagolds, sehr erfreulich. Einschließlich der Naturalgaben, die gesendet wurden, sei mit einem vorläufigen Ergebnis von 400 000 M. zu rechnen, über deren Verteilung in nächster Zeit von den dazu Berufenen beraten werde. Spenden und Sammlern wird herzlich Dank ausgesprochen. In längerer Beratung wird vom Gesamtgemeinderat die Zahl der durch Zuschüsse verschiedener Art zu Unterhaltenden an der Hand der bisherigen, vom Fürsorgeausschuß geleisteten Vorarbeit neu festgestellt. Zahl und Zusammensetzung der Empfänger ändern sich aber nicht wesentlich, auf Grund dieser Gemeinderatsberatung, so daß darin zum Ausdruck kommt, daß der Fürsorgeausschuß seine bisherigen Beschlüsse auf Grund sorgfältigster und gewissenhafter Erwägungen und Berücksichtigung aller ihm bekannten Verhältnisse gefaßt hat. Dies sollte auch manchen Außenstehenden, die so gerne bei der Hand sind, solchen Männern allerlei unangenehme Motive für ihre Entscheidungen unterzuschreiben, eine Mahnung sein. Verdächtigungen und abfällige Äußerungen solange zurückzulassen, bis man die einschlägigen Verhältnisse kennt. Ein solcher Stuß aus dem leider ständigen, aber immer wiederkehrenden Kapitel der Erhöhungen aller Art mußte noch geprüft werden. Weit am bittersten ist die Nothwendigkeit der für viele immer unerschwinglicher werdenden Erhöhung der Kosten für Beleuchtung und für Milch zustimmen zu müssen. Die Licht- und Kraftkosten belaufen sich jetzt für Nagold auf 150 M. resp. 125 M. per Kilowattstunde. Der Milchpreisfestsetzung auf 170 M. mußte nach den vorliegenden und genau erläuterten Berechnungen des Herrn G. Schmid ebenfalls zugestimmt werden. Wasserzins, Steuerverkäufe, Schotterpreise usw. mußten unter dem Druck der leidigen Geldwertverhältnisse erhöht werden. Unter gleichen Bedingungen, wie dies von anderen Plätzen bekannt ist, wurde auch für Nagold ein Abkommen mit dem Jahreslicher Danial getroffen betr. Tausch von 200 Bestm. Grubenholz gegen 200 Tonnen Kohle. Nach Erledigung einer großen Anzahl kleinerer Fragen der verschiedensten Art wurde um 10 Uhr die Sitzung aufgehoben.

Nesweiler, 11. Jan. Am vergangenen Sonntag hielt der Radsportverein „Einigkeit“ im Gehl. z. Adler eine ausgedehnte Weihnachtsfeier mit Gabenverlosung ab. Vorstand Seeger begrüßte die Anwesenden und dankte für den zahlreichen Besuch. Zur Aufführung kamen 4 gut ausgestattete Theaterstücke, welche reichen Beifall erzielten. Denjenigen, welche zu der wohl gelungenen Feier beigetragen haben, hauptsächlich dem Leiter und den Mitspielenden, welche ihre ganze Kraft einsetzten, sowie Adlerwirt Reger für seine freundliche Aufnahme sei auf diesem Wege herzlich Dank gesagt.

Stuttgart, 11. Jan. (Reise des Staatspräsidenten.) Staatspräsident Dr. Hiebert hat sich einer Einladung des Reichslandtags folgend nach Berlin begeben, um an der Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung über die politische Lage teilzunehmen.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

Stuttgart, 11. Jan. (Gemeindepolitische Fragen.) Bei der Einführung und Beibehaltung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager eine längere Rede über die wichtigsten im Vorberathung der Gemeindevollversammlung.

